

## Eröffnung des Kolloquiums am 29. Mai 2006

Meine sehr geehrten Damen und Herrn, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich eröffne hiermit ganz offiziell das 20. Kolloquium der Staatsräte und obersten Verwaltungsgerichte der Europäischen Union in Leipzig.

Ich freue mich, dass die im Jahr 2004 der Europäischen Union beigetretenen zehn Länder heute alle hier vertreten sind. Ich darf Sie dieses Mal noch als so genannte "neue Mitglieder" ganz herzlich begrüßen, obwohl Ihre Mitgliedschaft doch schon das stolze Alter von zwei Jahren erreicht hat. Spätestens beim nächsten Kolloquium wird man von Ihnen nicht mehr als "neue Mitglieder" reden, sondern als "alte Hasen" – so nennt man bei uns Leute, die schon eine gehörige Portion Erfahrung haben.

Mein besonderer Gruß gilt den Institutionen, die heute erstmals mit dem Status des Beobachters teilnehmen, und zwar – in alphabetischer Reihenfolge – die Vertreter aus Bulgarien, aus Kroatien und aus Rumänien. Herzlich willkommen in unserer Vereinigung.

Ich bedauere es sehr, dass ein Vertreter des Türkischen Obersten Verwaltungsgerichts wegen eines noch nicht geklärten Personalwechsels heute nicht hier sein kann. Wir alle sind betroffen über die jüngste Nachricht von der Tötung eines türkischen Richters und dem damit verbundenen Angriff auf die richterliche Unabhängigkeit. Der Generalsekretär unserer Vereinigung hat den türkischen Kollegen unsere Anteilnahme mitgeteilt.

Ich darf Sie bitten, sich zum Zeichen unserer Teilnahme kurz von den Plätzen zu erheben. Ich danke Ihnen hierfür.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben uns als Thema für das Kolloquium einen ganz konkreten Fall aus dem Planungs- und Umweltrecht vorgenommen – und wir werden gleich versuchen, dieses Thema näher zu beleuchten.

Zuvor aber möchte ich ein paar allgemeine Bemerkungen machen zu Europa und zu der Rolle, die wir – also die Gerichte und Staatsräte – und unsere Vereinigung im europäischen Prozess spielen.

Nimmt man die Zeitungsmeldungen der letzten Zeit – vor allem auch im Zusammenhang mit der Diskussion über die Europäische Verfassung – für bare Münze, so

muss der Eindruck entstehen, Europa befinde sich momentan in einer tiefen Krise. Und es trifft wohl zu, dass die überwältigend hohe Zustimmungsquote der Bevölkerung zu Europa in der Vergangenheit heute doch merklich gesunken ist: War die Quote vor 20 Jahren bei etwa 80 %, so ist sie heute etwa 50 %, also auch etwa 50 % Ablehnung.

Ich zweifle, ob solche Meinungsbilder den objektiven Gegebenheiten gerecht werden oder eher subjektiv empfundene Ängste widerspiegeln.

Eines aber scheint mir doch zweifelsfrei zu sein: Wenn wir über die tagespolitischen Ereignisse hinausschauen und die Entwicklung Europas der letzten 50 Jahre aus einer etwas größeren Distanz betrachten, dann sehen wir deutlich die Umrisse einer historisch fast beispiellosen Erfolgsgeschichte.

Die Entwicklung der letzten 20 Jahre war besonders rasant: Anfang der 80-iger Jahre bestand die Union noch aus 10 Mitgliedern und hat sich in der Folgezeit in aufeinander folgenden Schritten auf nunmehr 25 Mitglieder erweitert. Dass eine solche Erweiterung in doch relativ rascher Folge auch Probleme mit sich bringt, sollte uns nicht überraschen. Aber ich halte gewisse damit verbundene Schwierigkeiten nicht für eine den europäischen Gedanken ernsthaft gefährdende Krise, sondern es handelt sich vielmehr im wesentlichen um eine typische Wachstumskrise: Wir kennen bei heranwachsenden Kindern die so genannten Wachstumsschmerzen – diese sind ein notwendiger Bestandteil eines insgesamt positiven Prozesses.

Meine Damen und Herren, wie das künftige Europa aussehen wird, welche Gestalt es endgültig annehmen wird – geographisch und staatsrechtlich – und ob es überhaupt einen "Endpunkt" in der Entwicklung Europas geben wird, das lässt sich heute nicht mit Bestimmtheit sagen. Über diese künftige Gestalt wird ja viel geredet und viel geschrieben. Da gibt es Visionäre und Propheten einerseits, Skeptiker und Pragmatiker andererseits. Ich will in diesen Diskurs hier nicht eintreten sondern vielmehr auf die Rolle kurz eingehen, die wir als Gerichte und Staatsräte in diesem Prozess spielen können und sollen.

Gerichte sind ja strukturell konservativ, nicht aber visionär oder revolutionär: Wir haben die Aufgabe, bestehende Gesetze anzuwenden und zur Geltung zu verhelfen. In diesem Zusammenhang haben wir in dem Prozess der europäischen Entwicklung eine – wie ich nicht ohne Stolz sage – herausragende Aufgabe:

Europa ist zuvörderst eine Gemeinschaft des Rechts. Das Haus Europa ruht in erster Linie auf dem Fundament des europäischen Rechts.

Es gibt eine Weisheit der Baumeister, die besagt: Wer ein solides und hohes Haus bauen will, der muss sich gründlich um das Fundament kümmern.

Das ist unsere Aufgabe: Dafür Sorge zu tragen, dass das rechtliche Fundament der europäischen Integration gefestigt und konsolidiert wird.

Denn eines dürfte ebenfalls klar sein: So unsicher die künftige Gestalt Europas auch sein mag, so sicher ist die Erkenntnis, dass jedenfalls der bisher erreichte Status der Annäherung und Integration nicht mehr zur Disposition steht. Die "Nationalstaaterei", also das mehr oder weniger isolierte Nebeneinander von Einzelstaaten mit wechselnden Bündnispartnern – das ist in Europa Vergangenheit und muss es auch bleiben.

Also werden wir weiter am europäischen Fundament bauen. Diese Metapher passt zudem hervorragend zu dem Thema unseres Kolloquiums, geht es doch auch hier um Bauvorhaben, allerdings nicht im übertragenen Sinn, sondern ganz handfest und real: Es geht um den Bau von Autobahnen und um die Fragen, welche Rolle das europäische Umweltrecht in diesem Zusammenhang spielt.